

Kammerer Zeitung

Vollständig für Damen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für die Woche vom 15. bis 21. Oktober
120 Millionen M. Preis für den Rest der Woche 100
M. Die Zeitung erscheint auch in der Ausgabe für
die Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Preis beträgt
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf
Befehl des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: G. Schubert, Kamen.

Nr. 245

Freitag, den 19. Oktober 1923

51. Jahrgang.

Ein dunkler 18. Oktobertag in der sächsischen Geschichte.

(W) In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde u. a. über den kommunistischen Antrag beraten, bei der Reichsregierung den Eintritt des Reichswehrministers zu verlangen. Ministerpräsident Dr. Zeigner erklärte, daß Frankreich über alle Dinge, die sich in der Reichswehr abspielten, genau unterrichtet sei, werde er in dieser kritischen Stunde nicht so verbeholdungslos sprechen, wie er es sich vorgenommen habe. Es sei Tatsache, daß das Reich eine illegale Armee habe. Allerdings, wie es scheint, ohne daß die Reichsregierung davon wisse. Ende September oder Anfang Oktober hätten rings um Berlin an zahlreichen Orten derartige schwarze Organisationen sich erhoben, was nur durch die preussische Landespolizei verhindert worden sei. Im Lager von Königsbrunn sei schwarze Reichswehr in diesem Sommer vier bis sechs Wochen ausgebildet worden. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr eingezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente wisse von diesen Dingen und werde eine Klärung erzwingen. — Abg. Kaiser (D. Sp.) erwiderte hierauf u. a.: Es wäre besser gewesen, dieser 18. Oktober wäre in der Geschichte Sachsens nicht erschienen, denn heute, am Vätertag, ist ein Tag, an dem die ersten Angehörigen eines Widerstandes Deutschlands dem Feinde preisgegeben wurden. Die Entente habe es nun nicht mehr nötig, Spionage zu treiben. Mäßig wäre es von dem Ministerpräsidenten gewesen, die Dinge, die er hier vorbrachte, vor das betreffende Forum zu bringen, wo der Reichswehrminister Gelegenheit habe, seinen Standpunkt zu vertreten. Die illegalen Bestrebungen zeigten nur die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer Wehrmacht. Diese Entzündung werde auch der sächsische Ministerpräsident nicht aufhalten, wenn er auch noch so sehr gegen die Reichswehr vorgehe. — Abgeordneter Deutler (Deutschnational) erklärte namens seiner Partei, daß diese sich an der Debatte über die Regierungserklärungen nicht beteiligen werde. Er halte die Mitteilungen des Ministerpräsidenten für offenen Hochverrat. Seine Partei wisse, daß dieser Vorwurf wenig Eindruck auf ihn mache, sie bedaure aber, daß die Reichsregierung noch nicht Mittel und Wege gefunden habe, um gegen diese Vandalen vorzugehen. (Ungeheurer Lärm aus der ganzen Linken. Abg. Meißner rief, auf den Redner zugehend: Sie sind der erste, der an den Vätertag kommt! Zurufe von rechts: Sie kommen daneben! Stöße des Präsidenten, der unaufrichtig den Hammer schwingt. Die Kommunisten schlagen auf Stühle und Pultedel.) — Abg. Seifert (D.) stellt fest, daß der Ministerpräsident gestern schon vor seiner Erklärung Kenntnis davon gehabt habe, daß die Reichsregierung hinter den Anordnungen des Wehrkreiskommandeurs stehe. Abg. Rommelsberg (Dnall.) gibt eine Erklärung ab, daß seine Partei angesichts der Ausführungen des Ministerpräsidenten an der heutigen Aussprache sich nicht beteiligen werde. Die Deutschnationalen verlassen darauf den Sitzungssaal.

Bayern will mit einer kommunistisch-sächsischen Regierung nichts zu tun haben.

(W) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Auf die Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers von Dziembowski aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich die Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt war, hat das bayerische Staatsministerium des Inneren dem sächsischen Staatsministerium des Inneren zur Kenntnis gebracht, die bayerische Regierung sei, solange die kommunistische Partei die erbitterteste Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Betreff dieser ihrer Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung, Dr. von Breger, abgerufen.

Frankreichs Nein.

Das Volksbüro meldet aus Berlin: Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat in seiner Unterhaltung mit Poincaré im Anschluß an die frühere Besprechung mehrmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterverhandlung der Reparationsfrage dargelegt. Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutschseits vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihrer Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, hat der Geschäftsträger erwidert, daß die deutsche Ansicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des passiven Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln wüsste, wie nach der Aufgabe des passiven Widerstandes die Wiedereinrichtung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnte. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allgemeine, von der lokalen Organisation zu lösende Aufgabe bezeichnet, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokalen Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierung des Reiches und der Länder den Beamten, außerdem den Eisenbahnern im besetzten Gebiet erteilt haben. Ebenso hat er ihm die Maßnahmen für die Industriefreisetzung bekanntgegeben. Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlung zu einer völligen Zersplitterung und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschte einheitliche Verhandlung eine tatsächliche Notwendigkeit sei. Auf anderem Wege werde das von den Franzosen erstrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreicht werden. Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten einige Einzelheiten dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings nicht instand sei, die Finanzierungsfrage vorzunehmen und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenlieferungen die Arbeiter zwar zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen infolge Mangels an Zahlungsmitteln wieder einstellen müßten, nachdem die Unterhaltungsleistungen eingestellt worden seien. Die Verhältnisse im Ruhrgebiet würden sich dadurch in kürzester Zeit aufheben, so daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Substanzmittel dem Verhungern gegenüberstünden und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung völlig von dem regulären Betrieb der Kohlenzechen abhängig sei. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige

Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich die Verständigung ablehne, machtlos gegenüber. Im Anschluß hieran hat der Geschäftsträger auf die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, die Kohlensteuer aufzuheben, die weitere Verhandlung über die allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach dem deutschen Regierung die Verhandlung über die mit allen beteiligten Mächten stattfindenden müßten. Die deutsche Regierung glaube der vielfach von Poincaré geäußerten Ansicht zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt, er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vom 11. Januar 1923. Die deutsche Erklärung über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachleistungen könne er nicht anerkennen, er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachleistungen fertigbrächte, sei ihm ebenfalls vollkommen gleichgültig. Die Erweiterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zuzassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgehoben worden sei.

Ein Havas-Bericht.

(W) Eine offenbar beeinflusste Havasmitteilung anlässlich der Unterredung des Vörsprechers von Soesch mit Poincaré bejaht u. a. nach Ansicht der französischen Regierung könne eine Diskussion mit der deutschen Regierung erst aufgenommen werden, wenn im besetzten Gebiet das normale Regime, wie es vor dem 11. Januar 1923 bestanden habe, durch Wiederaufnahme der Sachleistungen und Arbeit wieder hergestellt sei, alsdann könnte möglicherweise eine Verhandlung zwischen Deutschland und den Alliierten eingeleitet werden. Im übrigen hindere die deutsche Regierung nichts daran, eine Note an die Reparationskommission zu richten, die geprüft werden würde. Die von Soesch überreichten deutschen Schriftstücke, die technischen Fragen, wie die Einziehung der Kohlensteuer, die die Instruktionen an die Beamten des besetzten Gebietes betreffen, würden von der zuständigen Stelle des französischen Außenministeriums geprüft werden. Auf die Erklärung der von Soesch entgegengesetzten Mitteilungen des deutschen Geschäftsträgers in Brüssel habe Poincaré eine Antwort erteilt, die, ohne daß sie verabredet wurde, mit der Erklärung Poincarés übereinstimmt.

Gegen die sächsischen proletarischen Hundertschaften.

Die Antwort des Reichswehrministers auf die Bitte des Generals Müller um weitere Aufweisungen ist umgehend erfolgt. Wenn auch über den Wortlaut Stillschweigen bewahrt wird, so kann doch soviel gesagt werden, daß es bei den von der Reichsregierung ergangenen Aufweisungen bleibt. Der Reichswehrminister soll geantwortet haben, daß die Auflösung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen sofort durchzuführen ist. Die Aktion die gleichzeitig mit der Beschlagnahme etwa vorhandener Waffen Hand in Hand gehen muß, soll von sächsischer Landespolizei ausgeführt werden. Wenn hierbei Widerstand geleistet wird, soll Reichswehr eingreifen.

Der Wille zur Mehrarbeit.

(W) Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien im Reichstag hat ihre Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz gestern abgeschlossen. In allen

die Bohne im Kohlenbergbau, ausgenommen Mitteldeutschland und Bayern, durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Danach betragen die Durchschnittslöhne, einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrkohlenbergbau 5 624 840 000 Mark, im ober-sächsischen Steinkohlenbergbau 3 650 000 000 Mark und im sächsischen Steinkohlenbergbau 3 400 000 000 Mark je Schicht.

Abberufung des bayrischen Wehrkreiskommandanten.

Wie die Vossische Zeitung wissen will, da die Reichsregierung den Kommandanten des bayrischen Wehrkreises, diese Maßnahme von Soesch, abberufen, als unüberwindlich. Der Reichsminister des Inneren Soesch hat gestern bestimmt, daß von 1. November noch loyal verhalten habe. Er habe sich bisher nicht vermocht, sich als Träger der Reichsregierung vor dem bayrischen Diktator durchzusetzen, wie das Blatt weiter schreibt, stand die Reichsregierung vor der Wahl, den militärischen Ausnahmezustand ganz aufzuheben oder zu versuchen, ihn, wie er ursprünglich gedacht war, im ganzen Reich zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung ist zu Gunsten der tatsächlichen Durchführung des Ausnahmezustandes gefallen. Dementsprechend hat auch der Reichspräsident den Abgeordneten Weis und Müller erklärt, daß gegenwärtig die Befestigung des Ausnahmezustandes nicht möglich sei.

Keine Reparation, aber vielleicht Revolution.

(W) Londoner Blättermeldungen zufolge forderte Lloyd George in einer Rede im Amphitheater in Chiffage gegenüber der Lage in Europa und dem Chaos in Deutschland, die Annahme des Vorschlages von Hughes. Lloyd George sagte ferner, wenn die augenblickliche Politik fortgesetzt werde, würden im Laufe der nächsten drei Jahre, von der Ruhrbesetzung an, Frankreich und Belgien nur die Hälfte von dem erhalten, was sie in den vorhergehenden drei Jahren an Reparationen erhalten hätten. Es werde keine Reparationen geben, vielleicht aber werde es in Deutschland zur Revolution kommen. Lloyd George schloß: Der Himmel hängt voller Drohungen. Sturmwolken sammeln sich, und wenn das Schiff der Zivilisation nicht mit Vorsicht und Mäßigkeit geleitet wird, werde es unerbittlich ein Wrack werden.

Zu neuen Ausschreitungen.

Am 18. Oktober im Norden und Osten Berlins anlässlich der Feuerung. Trupps von halbwüchsigen Burschen erzwangen in vier Lebensmittelgeschäften die freie Verabfolgung der Waren. Einzelne von ihnen konnten verhaftet werden. In zwei anderen Läden erlitten die Verkäuferin Verletzungen. Ein Zug von 100 demonstrierenden Frauen und eine Ansammlung von städtischen Fürsorgeempfängern, die Brot verlangten, wurden von der Polizei zerstreut. — In Alt-Berlin drangen etwa 80 junge Burschen, die vom Vätertag kamen, in mehrere Lebensmittelgeschäfte ein, wo sie alle erreichbaren Lebensmittel raubten. Mehrere Geschäftsleute verteilten freiwillig Waren. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm 10 Minderjährige fest.

Kommunisten besetzten in Kottbus den Rathaus. — In München fanden Ansammlungen und Aufrufe großer Menschenmengen statt, die gegen die Goldmarkpreisberechnung protestierten. Zu großen Unruhen kam es wieder in Mannheim, 18 Personen, von denen in zwischen eine starb, erlitten Verletzungen. Das badische Ministerium verhängte über Mannheim den Belagerungszustand.

Kleine Nachrichten.

Infolge Ermäßigung der Kohlenpreise hat der Reichswirtschaftsminister den Zementhöchstpreis von 525 Goldmark auf 450 Goldmark herabgesetzt. Der Papst hat den Erzbischofen von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an Bedürftige ihrer Diözesen überhandt und zu dem gleichen Zweck dem Bischof von Münster 50 000 Lire. Der Kölner Weihbischof Dr. Stöffels ist gestorben. Wegen verurteilten Heberfalls auf den stellvertretenden Vorsitzenden der Handelskammer Kommerzienrat Fränkel, den Nationalsozialisten im Juni d. J. unternehmen, verurteilte das Münchener Amtsgericht fünf Beteiligten zu Gefängnisstrafen von 1 Tag bis 1 Monat.

Die Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Wie durch das Volksbüro verbreitet wird, wurden für die Woche vom 15. bis 22. Okt.

Die Zwangshypothek auf Grundstücke.
Die Rentenbank, die von allen Steuern befreit sein wird, hat das Recht, gefestigte Zwangshypotheken auf alle Grundstücke zu erwerben. Diese Zwangshypotheken erreichen einen Umfang von 4. v. H. des Mehrbetrages. Die Grundschuld, welche die Rentenbank damit einlegt, lautet auf Goldmark. Sie ist mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen. Die Zinsen sind halbjährlich zahlbar, erstmals am 1. April 1924. Zinsen und Kapital sind in Rentenmark zu zahlen, berechnet nach der Goldmark. Dadurch wird nach Ansicht der Regierung die Nachfrage nach Rentenmark gesteigert werden. Bei verpachteten Grundstücken soll eine Mitsprache des Eigentümers und des Pächters eintreten. Im allgemeinen soll der Eigentümer für ein Viertel und der Pächter für drei Viertel halten. Alle Besitzer von Grundstücken, auf die eine Zwangshypothek der Rentenbank eingetragen wird, gelten als Anteilseigner der Bank. Die Neu-

Die Streiklage in Oberschlesien

Des Nämliche Preussische Pressediens teil
mit: In der Nacht vom 6. zum 8. October
haben Einbrecher aus dem Ausstellungsraum des
Staatsarchivs in Marburg eine große An-
zahl von Lasten aus Urkunden gesammelt
darunter drei Urkunden von König Philip, drei
von Karl dem Großen, zwei von Kaiser Arnul-
fer, ferner einige des Kaisers Maximilian II., Ru-
dolf II., Matthias, Ferdinand II. und III.,
meist für Kaiser Rudol, weiter Briefe des Lan-
grafen Philipp des Großmächtigen, Aufsehrs,
Lancthous, Bucers, Schreiben Philipps II. von
Spanien, mehrere Schreiben aus der Zeit des
Dreißigjährigen Krieges (des Mansfelders, Ma-
rodes, Gögens, Gustav Adolfs, Axel Oxensti-
ernas, Melanders) und aus der neueren Zeit
Briefe der Elisabeth von der Pfalz, Augustin
von Sachsen, Friedrichs des Großen, der Max-
schälle Basse-Isle und Courbise, Josephs II.
Emmerichs, Pestalozzi, Jerome Napoléons und
des Generals Kleiss v. Nesselrodt, endlich Schrei-
ben Franz I. von Frankreich, Friedrich Rich-
telms I., Karl XII. von Schweden, Katharin
II., Thomas Cromwells, Gustav Waas, Robert
Dudleys, der Könige Karl I., Karl II. und
Georg III. von England.

Silber-Einkaufspreis (ab 15. 10.)	400 000 00
Geldmaxkurs	
der Bankabgabe (17. — 19. 10.)	1 080 000 00
Dollar-Mittelkurs	8 160 000 00
Geldzollaufgeld (20. — 23. 10.)	98 599 999 9
Reichsteuerverrechnungssatz (20. — 23. Okt.) 1 Goldmark	936 000 00
Reichsbankzinsfuß	108
Großhandelsziffer (15. 10.)	1 098 000 00
Lebenshaltungsindez (15. 10.)	691 900 0
Personenverkehreindez (ab 18. 10.)	600 000 0
Warenverkehreindez (ab 18. 10.)	1 000 000 0
Transitrate u. für Waren (ab 19. 10.)	18 100 0
„ besetztes Gebiet	17 700 0
„ für Arbeitsvergütung	7 000 0
Buchhändler-Schiffszahl (ab 18. 10.)	1 300 000 0
Rechnungszahl für Reichsbanknoten	220 0
Postkartengebühr (ab 20. 10.)	4 000 0
Preisgebühr (ab 20. 10.)	10 000 0

The image shows a dark, vertical, textured surface, likely a book cover or a piece of wood. A lighter, vertical strip runs down the center, possibly a hinge or a joint. The texture is grainy and uneven, with some lighter and darker areas. There are some small, light-colored marks or scratches visible on the surface.

Kamener Lichtspiele

Weststrasse 20.

Programm ab Freitag bis Montag

Letzte Fortsetzung des grossen Original amerikanischen Sitten- und Abenteuerfilms „Elmo, der Furchtlose“:

„Elmo, der Furchtlose“.

6. Episode.

6. Episode.

II.

Das grosse Filmwerk:

?

III.

„Der Semmelmann.“

Lichtspiel.

In der Hauptrolle: **Paul Heidemann.**

Ab Dienstag
vollständig neues Programm.

Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 2 1/2 Uhr.

Letzte Vorstellung jeden Tag 8 10 Uhr.

2994

Grosser Operetten-Abend

der Theaterfreunde, Kamen

am Sonntag, den 21. Oktober,
im Saale W. Starke (Westentor).

Zur Aufführung gelangt die Operette in 3 Akten

Die Ratsmädel

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Karten sind zu haben bei den Mitglie-
dern und dem Vereinswirt W. Starke.

2990

Orchester Herzog.

Kinder haben keinen Zutritt.

Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Dritte Aufführung: „Die fromme Helene.“

Die Theater-Gesellschaft „Frohsinn“ gibt
am Sonntag, den 21. Oktober 1923, zum
dritten Male die Großstadt-Operette

Die fromme Helene

Anfang 6 Uhr. Kassenöffnung 5 Uhr.

Numerierte Stuhlsitzkarten werden am Samstag,
den 20. Oktober, nachmittags von 4 Uhr bis abends
um 8 Uhr, im Saale des Herrn Schulz abgegeben.

Kinder haben keinen Zutritt.

Es ladet ein

2984

Die Theater-Gesellschaft „Frohsinn.“

Geflügel- u. Kaninchenzücht-
verein Kamen.

Sonntag, den 21. Oktober,
nachmittags 5 Uhr:

General-Versammlung.

2995

Der Vorstand.

Gartengrundstück

ca. 45 Auten groß, zu verkaufen.

Näheres durch

2990

J. Ebbers, beid. Auktionator,
Kamen, Bahnhofstrasse 47,
Fernruf Nr. 32.

Gebrauchter Herren-
Heberzieher, getragene
Damenstühle, 1 Essen-
träger und 1 Koffer
zu verkaufen.

2989

Wo, sagt die Geschäftsstelle
der Kamener Zeitung.

1 Fahrrad

gegen

Bettstelle

zu tauschen gesucht.

2988

Näheres in der Geschäftsst.

Ein fast neues

Herren-Fahrrad
gegen Naturprodukte
umzutauschen.

Näheres in der Geschäftsst.

der Kamener Zeitung.

2985

Guter Nebenverdienst!

Zuverlässige

Zeitungs- boten

für die Bezirke Rottum,
Oberaden, Weddinghofen
gegen gute Bezahlung
gesucht.

Meldungen in der Ge-
schäftsstelle der

Kamener Zeitung,
Weststrasse Nr. 10.

Saubere

Pubfran

sofort gesucht.

Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Angekauft

Damen-

Haar

kauft 1000

W. Steinmann,

Damen-Salon,

Kamen,

Bahnhofstr.

2986

Anzeigen

aller Art

inseriert man

erfolgreich in der

Kamener

Zeitung.

Wirtschaftsinventar - Versteigerung in Bergkamen.

Im Auftrage des Gastwirts Herrn Bern-
hard Baumhoer in Bergkamen, Hohenzollern-
strasse Nr. 101, werde ich an der Wohnung
deselben, wegen Aufgabe des jetzigen Wirt-
schaftsbetriebes, am Donnerstag, den 25.
Oktober, vormittags 10 Uhr, folgende in
äußerst gutem Zustande sich befindenden Gegen-
stände gegen bar und Kredit meistbietend ver-
steigern:

1 großes eich. mit Blech 2 Kupfernen
Braunweinfässern, Eiskühlung u. 2
Messingpumpen, 1 Theke m. Messing-
platte, Majolikaaufsatz (3 Zapfhähne)
und Marmorkühlschrank, div. Gläser,
3 Tische mit Linoleumbeleg, 50
Stühle mit Brettsitz, 15 Fenstervor-
hänge aus Holzgeflecht, 4 Tische mit
Althornplatte, 20 Wienerstühle, 1
Küchenschrank, 1 Küchenanrichte, 1
großer Eidschrank, 3 Garderoben-
ständer, div. Kleiderhaken, 1 franz.
Billard mit Eisenbeinballen, 1 großer
Nieder-Cäulenofen, 1 Weisner Ma-
jolitakachel-Doppellofen, in grün, 3 Ma-
hoch, 1 Aquarium, div. Gartentische
u. Stühle, sowie viele andere Sachen.

J. Ebbers,

beid. Auktionator,

Kamen i. W., Bahnhofstr. 47, Fernruf 32.

Saat- Kartoffeln.

Die bestellten Industrie und Oden-
wälder werden am Sonnabend, den 20.
Oktober, von vormittags 7 Uhr, ab am
hiesigen Güterbahnhof gegen sofortige
Kasse ausgegeben. Diejenigen Besteller,
welche Anzahlung geleistet haben, und die
Kartoffeln nicht abholen, müssen sich den
angezahlten Betrag sofort zurückholen.

Julius Jordan.



Die Bekanntmachung betr.
die Erhebung eines zweiten
Nachtrages zur Westf. Land-
wirtschaftlichen Berufsvereins-
schaft für 1923 hängt in der
Zeit vom 17. bis einschl.
21. Oktober 1923, im
Güterkasten des Rathhauses aus.

Kamen, den 16. Oktober 1923.

Der Magistrat.

Das Ruhrgebiet steht vor einer Katastrophe.

Dem Volksbühnen wird aus Essen geschrie-
ben: Trotz der völligen Einstellung des pas-
siven Widerstandes im Ruhrgebiet ist von einer
Wiederbelebung der Wirtschaft im hiesigen Ge-
biet noch nicht viel zu bemerken. Ueber die
einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens ist fol-
gendes zu sagen:

Der Fernsprech- und Telegra-
phenverkehr in Düsseldorf, Duisburg und
Mülheim und vor allen Dingen in Essen, der
vor neun Monaten eingestellt werden mußte,
ruht noch vollkommen. Ein Versuch, ihn wie-
der in Gang zu bringen, kann vorläufig nicht
gemacht werden, da die Bestimmungen des
Generals Degoutte das Arbeiten an Fern-
sprech- und Telegraphenleitungen verbieten und
sie bisher noch nicht aufgehoben worden sind.
Über selbst nach Aufhebung dieser Bestimmun-
gen wird an eine Wiederherstellung der Lei-
tungen nicht gegangen werden können, da die
mit den höchst komplizierten Fernsprech- und
Telegraphenwegen betrauten Telegraphendirek-
toren und Bauführer sich zumeist noch in Ge-
fangenschaft befinden, und die Leitungen,
welche die ganzen Monate hindurch ohne Aus-
besserung bleiben mußten und allen möglichen
Einflüssen und Eingriffen ausgesetzt waren,
sich in einem völlig verfallenen Zustand
befinden. Es wird die Arbeit vieler Wochen
bedürfen, bis dieser Verkehr wieder in Gang
kommt.

Bei der Eisenbahn liegen die Verhält-
nisse ebenso. Die meisten Strecken des In-
dustriegebietes sind verstopft. Die Geleise und
die Weichen sind zum großen Teil nicht in
Ordnung. Auf fast allen Bahnhöfen stehen
ausbesserungsbedürftige, gegenwärtig nicht ver-
wendbare Lokomotiven. Auch hier wird es
vieler Arbeit und langer Zeit bedürfen, bis

wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse ge-
schaffen sind. Auch hier ist es notwendig,
daß verschiedene Bestimmungen des Generals
Degoutte zunächst aufgehoben werden und die
vertriebenen und verhafteten Eisenbahner
wieder zurückkehren dürfen, damit Post- und
Güterverkehr erst wieder in Ordnung gebracht
werden können. Die Personenzüge der
französischen Regie verkehren nur auf den
Hauptstrecken, während die Nebenstrecken ohne
Verkehr sind. Da der Fahrpreis, der seit
kurzem wieder in Papiermark gezahlt werden
darf, in Franken berechnet und dann in Papier-
mark umgerechnet wird und bei dem gegen-
wärtigen Währungsstand sehr große Auswen-
dungen erfordert, können die Züge von den
Deutschen nur in sehr geringem Maße benutzt
werden. Bei dem Güterverkehr liegen
die Verhältnisse ähnlich. Wagen für die
Kohlen- und Güterverfrachtung werden kaum
gestellt und können wegen Mangels an brauch-
baren Wagen und genügendem Personal auch
nicht gestellt werden. Infolgedessen müssen die
Lebensmittel zum großen Teil immer noch mit
Kraftwagen herangeschafft werden, was zur an-
haltenden Verteuerung der Waren beiträgt. Die
Kohlen können nicht abtransportiert werden.

Der Kohlenbergbau ist durch diese
Verhältnisse vielfach zur Untätigkeit verurteilt.
Zudem, die über genügend Gelände verfügen,
füllen die Kohle auf Halben, die übrigen
aber, die dazu nicht in der Lage sind, müssen
den Beginn der Förderung aufschieben. Da aber
ohne Förderung Bargeld nicht herbeikommt, und
die Werke erklären, daß sie aber die zur Lohn-
zahlung nötigen Mittel nicht verfügen, werden
diese Werke voraussichtlich dazu übergehen,
Forderungen einzulegen oder Ar-
beiter zu entlassen. Der Kohlenverkauf
wird auch dadurch gehemmt, daß die Bezahlung
der Kohlensteuer in Devisen verlangt wird,
die bei den jetzigen hohen Preisen nur schwer
zu beschaffen sind.

Die Eisenindustrie hat mit denselben
Schwierigkeiten zu kämpfen und kann mit der
Wiederaufnahme der Arbeit nicht beginnen, da
Rohstoffe und Halbfertigwaren nur schwer
herauszuschaffen sind. Die großen Werke, die
gleichfalls erstarren, über Mittel zur Zahlung
der Löhne nicht zu verfügen, gehen infolgedessen
dazu über, ihre Betriebe ganz zu
schließen und die Arbeiter zu entlassen oder
wenigstens Forderungen einzulegen und Kur-
zarbeit einzuführen. Der Lohnausfall für die
Arbeiter ist natürlich sehr empfindlich, um
so mehr, als die Preise für die
notwendigsten Lebensmittel eine außerordentliche
Höhe erreicht haben.

Die Belegung der Wirtschaft wird auch da-
durch sehr gehindert und in ihrer Entwik-
lung gehindert, daß bestimmte Wirtschaften der
Regierung fehlen, da die Befehlsmächte sich
weigern, mit der Regierung unmittelbar zu ver-
handeln, vielmehr gesonderte Befehlsmächte mit
den einzelnen Werken und den örtlichen Be-
hörden vorziehen, wobei sie durchblicken lassen,
daß nach ihrer Überzeugung das Reich bankrott
sei, die Großindustrie aber in den letzten Jahren
sich enorm bereichert habe und jetzt zahlen solle.
Die gesonderten Verhandlungen führen naturge-
mäß zu einer bedenklichen Zersplitterung und
zu andern recht bedenklichen Erscheinungen. Bei
dem vollkommenen Durcheinander des gesamt-
wirtschaftlichen Lebens werden Wochen, ja Mo-
nate ins Land gehen, bis die Verhältnisse sich
einigermaßen wieder den Zuständen vor dem
11. Januar nähern. Führende Persönlichkeiten
des Industriegebietes, die eine große Arbeits-
losigkeit und damit eine Verelendung der Ma-
ssen und Verzweiflungsakte befürchten, streben
deshalb folgende Hauptziele an:

1. Zu allererst muß der Eisenbahnverkehr so
schnell wie möglich in Gang und auf die mög-
lichste Höhe gebracht werden.
2. Um dies zu ermöglichen, muß immer wie-
der angestrebt werden, daß die führenden Be-

hörden und örtlichen Beamten von Ge-
lehrten, Post und Wirtschaft wieder an den
Ort ihrer Tätigkeit zurückkehren dürfen.

3. Es muß unter allen Umständen angestrebt
werden, daß alle Bestimmungen, die diesen
Zielen im Wege stehen, schnellmöglich aufgehoben
werden.

Da es auf deutscher Seite weder bei der
Beitgeber noch bei Arbeitnehmer an guten Willen
fehlt, ist es nurmehr Sache der Befehlsmächte,
die notwendigen Schritte zu tun, bis
mit dem Wiederaufbau des Wirtschafts-
lebens begonnen werden kann.

Weitere Nachrichten.

— **Neberall dasselbe.** Reuter meldet aus
Redding (Kalifornien): Ein Eisenbahnzug, der
einen Tunnel in den Sierron-Bergen verlaufen
hatte, wurde von Mäusern überfallen.
Diese töteten drei Beamte sprengten den Zug
mit Dynamit und entnahmen den Rest
Summe Geldes. Von den Postbeamten wurde
einer durch die Explosion getötet, die Post
blieb unversehrt. Der Unfall ist durch
nur 2 Mann ausgeführt worden. — Reuter
meldet aus Moskau: Der Expresszug Moskau-
Sankt-Petersburg wurde etwa 100 Meilen inner-
halb der russischen Grenze von Mäusern
überfallen und ausgeplündert. Ein bri-
tischer, italienischer und polnischer Reisender
wurden beraubt. Das diplomatische Ge-
schehen unversehrt.

— **Vermischtes.** In der Dresdener Zeit-
ung wurde der Führer Richter neben seinem
Liegend aufgefunden. Er ist von den Fah-
gästen herab gestürzt. — Bei einem Eisen-
bruch in die Redaktionsräume des Westfälischen
Beobachters in Mülheim wurden Werte von
Millionen, darunter auch Devisen gestohlen.
Der Versteigerer ist eingeladen worden, an der
Universitätsbibliothek Vorlesungen über die
Rechtsverhältnisse zu halten. — Reuter meldet
aus San Pedro in Kalifornien: Durch eine
Explosion an Bord des U-Bootes „Squalo“
wurden drei Mann getötet und 6 verletzt.

ichten nichts mehr, als die
 in der dazwischen liegenden
 Man hat sich erstens in